

Die Suche nach Interaktionen sowie nach Konvergenzen und Divergenzen soll ein durchgängig methodisches Prinzip der vorliegenden Arbeit sein. Sie verlangt die Auswertung der zugänglichen Bestände deutscher und französischer Archive. Ein methodischer Grundsatz, den Rainer Hudemann und Armin Heinen seit langem fordern, um ein ausgewogenes Bild zeichnen zu können.³³ Dies gilt für die französische Politik in der gesamten Besatzungszone einschließlich des Saarlandes. Dieser Weg dient dazu, die kollektive Erinnerung zu überprüfen und verhindert zugleich, daß sie die wissenschaftliche Auseinandersetzung manipuliert, indem sie eine bestimmte Richtung vorgibt.³⁴

Quellensituation

Auch wenn sich die Zugänglichkeit der erhaltenen Akten wesentlich verbessert hat, so bleibt hinsichtlich der Sozialpolitik und der Gewerkschaften dennoch das Problem einer insgesamt schwierigen Quellenlage.

Dadurch, daß es während der gesamten Hoffmann-Zeit keine Dienstvorschrift über die Abgabe historisch aussagekräftiger Akten an das Landesarchiv gegeben hat, sie wurde erst 1960³⁵ erlassen, entstanden in den Akten staatlicher Provenienz nicht mehr ausfüllbare Überlieferungslücken. Die Polarisierung um das Referendum hat wesentlich zu den Aktenverlusten beigetragen. Die Nachlässe von Politikern, die damals in vorderster Front standen wie Ministerpräsident Johannes Hoffmann, Dr. Edgar Hector (u.a. Innenminister 1947-1954), Dr. Emil Straus (u.a. Kultusminister 1947-1952), Richard Kirn (Minister für Arbeit und Wohlfahrt in den Koalitionsregierungen), Dr. Heinz Braun (u. a. Justizminister 1947-1952), Hubert Ney (Gründer und Vorsitzender der CDU-Saar), Kurt Conrad (u.a. Vorsitzender der DSP) und Ernst Roth (u.a. Chefredakteur der sozialdemokratischen "Volksstimme") konnten bis auf kleine Aktensplitter weder vom Landesarchiv noch von den Archiven der Partei-Stiftungen erworben werden. Verdruß, ja Verbitterung über persönliche Verunglimpfung oder als unzureichend empfundene Anerkennung haben die Betroffenen selbst und ihre Nachkommen dazu veranlaßt, die politisch interessanten und aufschlußreichen Papiere eher zu vernichten oder zurückzuhalten als an Archive abzugeben, obwohl ja gerade solche Quellen die Motivation des politischen Handelns erhellen könnten.

³³ Heinen, Probleme regionaler Gegenwartsgeschichte, S.193, 198. Hudemann, Französische Besatzungspolitik, S.243.

³⁴ Beispiele dafür, daß kollektive Erinnerungen auch wissenschaftliche Arbeiten in ihrem Urteil wesentlich beeinflussen: Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945-1949, Stuttgart 1983. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1948, Stuttgart 1980.

³⁵ Erlaß über die Aufgaben des Landesarchivs Saarbrücken vom 20.12. 60, in: Abl.1961, S.1 f.